

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

II/12

SPD Hannover, 7.2.47
Blatt - 1 -

Wir veröffentlichen heute zwei Beiträge von Dr. Kurt Schumacher zu Fragen von besonders entscheidender Bedeutung für die Zukunft Deutschlands. Der eine befasst sich mit der Problematik der französischen Forderungen, der andere in erster Linie mit der künftigen deutschen Ostgrenze. (Die Redaktion)

Am Rhein und Ruhr

Soll Deutschland nur Objekt sein?
von Dr. Kurt Schumacher

1. Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Wir erleben jetzt ein Frennelfeuer von Forderungen, Begründungen und Dankschriften aller Art, die neue agitatorische Welle erreicht mit der Flut der Memoranden ihren Höhepunkt.

Dabei darf man nicht übersehen, dass es sich wohl von allen Seiten aus um eine Politik der Maximalforderungen handelt. Je mehr man fordert, desto weniger braucht man sich nachher im Zeichen der Einigung und des Kompromisses abnehmen zu lassen. Man hat den Eindruck, dass es sich gar nicht mehr um die Bestandaufnahme der für Reparationen verfügbaren deutschen Kräfte handelt. Es scheint uns mehr eine Bestandaufnahme aller gewalttatigen Irrungen und Wirkungen in der Welt zu sein.

Die Redaktionen und Kapitalisten verschiedener Länder haben sich bereits zum Handeln zusammengefunden. Die Linken dieser Länder moralisieren noch in ihrer Politik. Auf der Rechten aber spricht man von Sicherheit und meint das Geschäft. Dieses Geschäft zuliebe glaubt man alle politischen und sittlichen Faktoren in der deutschen und europäischen Entwicklung riskieren zu können.

Dass deutsche Kapitalisten mit dabei sind, ist ausser Frage. Es sind dieselben Leute, von denen vor Jahrzehnten ein deutscher Dramatiker sagte, "dass sie noch ihre Äcker düngen mit dem Blut derer, die für sie starben". Die Steigbügelhalter des Unfriedens bei allen Nationen geben sich jetzt in der deutschen Frage ein Stelldichein.

Besonders sensationell hat kürzlich ein französischer Plan für das Ruhrgebiet, der am 3. Februar veröffentlicht wurde, gewirkt, zu dem der massgebende Wirtschaftsman des französischen Aussenministeriums Erklärungen abgegeben hat. Danach sollen die hauptsächlich interessierten Staaten der Vereinigten Nationen nicht nur die Erzeugung und Verteilung im Ruhrgebiet kontrollieren, sondern es auch verwalten. Die soziale Note erhält einen interessanten Beigeschmack dadurch,

dass dieser Plan von der Sozialisierung spricht und zur gleichen Zeit von dem Recht, alliierte Truppen herbeizurufen, um Streiks niederzuschlagen. Es wird sehr viel von Internationalisierung gesprochen. Alles aber, das da an Internationalism vorgebracht wird, bezieht sich nur auf Technisches und Verwaltungsmässiges. Von dem Geist der Internationalität ist nichts zu spüren.

Der Plan geht davon aus, dass Deutschland nur das Objekt einer aktiven imperialen Politik ist und bleiben soll. Die Hoheit über das Ruhrgebiet soll den hauptsächlich interessierten Staaten übertragen, in jedem Falle aber von Deutschland genommen werden. Ein Deutschland ohne Ruhr und Rhein ist ebenso sinn- und zukunftslos wie ein Deutschland, das sich im Osten auf die Oder-Weisse-Linie beschränken muss.

Selbstverständlich wird eine Steigerung der Kohlenförderung gefordert und zu gleicher Zeit eine möglichste Niederkhaltung der Stahlproduktion. Wie diese unbalancierte Schwerindustrie eine Veredelungsindustrie und Erzeugung von Verbrauchsgütern entwickeln soll, wissen wir nicht. Am wenigsten aber wissen wir, von wem und mit welchen Valuten Rohstoffe für diese Industrien bezahlt werden sollen.

Es könnte überraschen, dass sich diese Internationalisierung lediglich auf ein Territorium beschränkt, das heute noch deutsch ist. Von anderen Territorien, die früher deutsch waren, oder gar von Gebieten anderer Länder, die ihrer ganzen Struktur und Produktionskraft nach für eine Neuordnung Europas in Frage kommen könnten, ist mit keiner Silbe die Rede.

Die Deutschen wissen, dass ihre Verpflichtung zur Reparation besteht. Sie denken nicht daran, dass Erzeugung und Verteilung der Ruhrproduktion der ökonomischen internationalen Kontrolle entzogen werden könnten.

Mit Schrecken stellen wir die Unfähigkeit fest, ausserhalb des Bereiches der politischen Tradition zu denken. Ein Profitsystem ist ein Profitsystem, auch wenn es sich nationalistisch gebärdet oder gar mit internationalen Vokabeln schmückt. Dass die französischen Kommunisten dabei sich am lautesten in solchen nationalistischen Exzessen gefallen, wundert uns nicht, es ist eine überall nachweisbare Tatsache, dass der Nationalist immer der im guten Sinne des Wortes schlechteste Patriot seines Landes ist.

Wir stehen jetzt in einer kritischen Phase der geschichtlichen Entwicklung Europas und der Welt überhaupt. Wir wehren uns dagegen, dass man aus der Krise auswege sucht, wegen deren man sich vor Jahrzehnten noch geniert hätte. Wir wissen genau, was das Dritte Reich den europäischen Ländern angetan hat. Vielleicht weiss man draussen weniger, was in der Zwischenzeit auch Deutschen geschehen ist. Es hat aber keinen Zweck, eine politische Rechnung und Gegenrechnung aufzustellen. Man muss eine neue Seite des Hauptbuches aufschlagen und auf ihr die notwendigen und möglichen Reparationen Deutschlands eintragen.

Wenn Deutschland dieser Verpflichtung genügen soll, dann ist ein gewisses Mass von ökonomischen und psychologischen Voraussetzungen unerlässlich. Ruhr und Rhein gehören zu Deutschland. Ein blosser lockerer Staatenbund, so ein völkerrechtliches Gebilde, bei dem jeder Teil letzten Endes das tun kann, was er mag oder was ihm vorge-schrieben wird, ist nicht Deutschland. Wir wollen einen Bundesstaat,

d.h. ein Deutschland, das ein staatlicher und nicht ein völkerrechtlicher Begriff ist.

Ein solches Gesamtdeutschland kann allein der Eigentümer der Schwerindustrie der Ruhr sein. So lange es nicht vorhanden ist, kann nur eine deutsche Drehhänderschaft diese Objekte verwahren und nur von ihr die Instanzen der Leitung der entsprechenden Industrien bestellt werden.

Dadurch wird die Internationalität nach keiner Richtung hin beschnitten. Wir können es uns einfach nicht leisten, uns in einem Westblock zusammenzufinden oder gar einen Teil Deutschland für dieses Ziel abzugeben. Wir wollen hier nicht bei dem besonderen Umstand verweilen, dass ein Teil deutscher Kapitalisten so schnell wie möglich ihre Gelder aus den übrigen Westzonen in die französische Zone transferieren. Die Ziele einer solchen Kapitalverlagerung werden ja auch andererseits wahrscheinlich anerkannt werden.

Umgekehrt haben wir keine Veranlassung, uns auch die Russen als Kontrolleure in die Westzone herbeizuwünschen. Diese Frage könnte überhaupt nur aktuell sein, wenn andererseits die Ostzone der politischen und ökonomischen Kontrolle der drei Westmächte geöffnet würde. Wir können jetzt schon die nationalistischen Erlösersparolen hersagen, die im Dienst einer nicht allein deutschen Reaktion einmal heruntergeliefert werden. Wir wenden uns gegen den französischen Vorschlag, weil er bei aller Farschheit des Auftretens innerlich ganz unsicher ist und die Notwendigkeiten Europas verkennt. Wir halten ihn für eine zu totale Ausnutzung des totalen Sieges. Wir glauben nicht, dass man mit Machtmethoden Reparationen in ewige Renten verwandeln kann. Schließlich soll ja die deutsche Arbeitskraft die Reparationen schaffen. Mit Konstruktionen kann man sehr viel neue Tatsachen schaffen. Jetzt aber wollen alle möglichen Länder Deutschland zu dem einzigen Land ohne Chance, ohne Hoffnung und ohne Selbstachtung machen. Dass man dieses Mal eine andere Form der Reparationspolitik gefunden hat als in der Periode nach 1918, ist nicht abzuleugnen, dass es aber eine erfolgreichere Form ist, glauben wir nicht.

Nur ein gerechter Friede kann ein dauernder Friede sein. Es müssen die Vereinten Nationen sein, die ein in sich geeintes Deutschland überwachen und ihm die Möglichkeit geben, ökonomisch, moralisch und politisch wieder aufzusteigen. Und wenn eine einsichtige Planung und Internationalisierung notwendig ist, nun, die Deutschen werden von ganzem Herzen dabei sein. Aber jeder einsichtsvolle Mensch in der ganzen Welt wird zugeben, dass der Gedanke der Internationalisierung nicht dadurch verwirklicht und auf die Dauer erhalten werden kann, dass er in der Form der Ausbeutung eines Landes zu Gunsten anderer geschieht. Unter ausdrücklicher Anerkennung der Verpflichtung zu Reparationen wenden wir uns gegen eine bloße negative Politik, die im Verhindern und im Ausnutzen ihr Ziel sieht. Wir nützen jetzt den Ideen des Friedens und der Völkerverständigung mehr wenn wir offen reden, als wenn wir feige schweigen. Verantwortlich für die Tatsache, dass heute die apokalyptischen Reiter über unsern Kontinent dahin brausen, ist das Dritte Reich. Aber von Stunde zu Stunde wächst die Verantwortung der Sieger.

Auf dem Boden des Hungerns und der Verelendung ist einst der Nationalismus herangereift, auf demselben Boden ähnen die Gespenster des Nationalismus wieder Lebenskraft zu gewinnen.

Der Mangel an Konzeption, an Voraussicht und eine erschreckende Phantasielosigkeit bringen jetzt die Gefahr der Erstickung des deutschen Lebens. Es wäre nicht gut für die so verarmte Welt, wenn in ihr die

deutsche Leistung ganz fehlen würde. Wenn dieses Deutschland bloss ein dreiviertel verhungertes Land von Fürsorgeempfängern würde, dann wäre es für die Welt mindestens eine unerträgliche Belastung. Die deutsche Frage ist nun einmal eine internationale Frage und kann weder von den Deutschen, noch von einem fremden Nationalismus gelöst werden. Das zwanzigste Jahrhundert braucht seine eigenen Methoden!
(s/-/62/1/hs)

Vernunft bleibt unverzichtbar!

Die Diskussion über die deutschen Grenzen
von Dr. Kurt Schumacher

1. Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Diskussion der deutschen Fragen ist in ein immer schnelleres Tempo gekommen. Noch vor kurzer Zeit hätte wohl kaum eine der Siegermächte geglaubt, dass im März 1947 schon eine grundsätzliche Aussprache über Deutschland stattfinden würde.

Neben den Reparationen sind es die deutschen Grenzen, die im Vordergrund der Debatte stehen. Es ist keine Privilegierung einer Grenzfrage, sondern die einfache Tatsache, dass vom Osten her Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen in die britische und amerikanische Zone geströmt sind, die die Frage der Ostgrenzen jetzt so aktuell macht. Die Sozialdemokratische Partei steht auf dem Standpunkt, dass nur ein deutscher Gesamtkomplex für den Frieden gibt, mag er die eine oder andere Grenze, die Reparationen oder sonstigen Ersatzansprüche umfassen. Aus dieser Komplexität heraus wird das deutsche Volk seine Wiedergutmachung zu leisten haben. Es ist darum zwecklos, sich mit einzelnen Politikern der von Hitler-Deutschland verwüsteten Länder herumzugiften.

Was sie wollen, das wissen vielleicht die Interessierten, aber was richtig und verünftig ist, sollte auf einer möglichst hohen Ebene gestaltet werden. Die individualistische Schrankenlosigkeit der einzelnen Nationen führt zu nichts. Was den einen an Gewinn erwächst, geht den anderen verloren. Man muss ein Deutschland finden, das seine richtige Rolle in Europa hat und das ein Mittel des Weltfriedens ist. Darum sollte die UNO das letzte Wort sprechen.

Jetzt werden die deutschen Parteien im Inland und von auswärtigen Vertretern auf die Oder-Neisse-Linie hin angesprochen. Nun, es ist eine alte Tatsache, dass die Ostgrenze vorläufige Verwaltungsgrenze ist, die vor dem Potsdamer Abkommen zwischen zwei internationalen Mächten fixiert wurde. Weder Deutschland noch der Weltfrieden sollten unter der Tatsache leiden, dass Russland eine Revision seiner Grenzen auf Kosten Polens nach westen vorgenommen und dafür Polen ein Stück Deutschlands zugesprochen hat. Das ist ein einseitiger und nieganden befriedigender Akt.

Der Philosoph Hegel hat einmal gesagt, dass es das Vorrecht der Völker sei, aus ihrer Geschichte nichts zu lernen. Von diesem Vorrecht scheinen jetzt viele Völker ausgiebig Gebrauch machen zu wollen. Wir deutschen Sozialdemokraten sind aber gegen Privilegien, auch die der Unvernunft und Kurzsichtigkeit. Willkürliche und unnatürliche Ländergrenzen sind eine Gefahr und bleiben es, auch wenn man Deutschland als Tatsache zertrümmert. Die Idee ist mit Macht nicht umzubringen, und dies umso weniger, als in einem solchen Fall auf der deutschen Seite auch die Ideen der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit stehen würden.

Es ist darum zwecklos, das Pendel, das im Zeichen des Nationalismus des Dritten Reiches so furchtbar und verhängnisvoll nach der einen Seite ausgeschlagen hat, jetzt auf der extremen anderen Seite wieder festhalten zu wollen. Die historischen und politischen Voraussetzungen

verändern sich dauernd, und die Bundesgenossen von heute sind nicht immer die von morgen.

Es steht zweifellos fest, dass das Territorium von dem Umfange, wie es heute Polen besitzt, von seinem Volk wirtschaftlich nicht ausgenutzt werden kann, auf der anderen Seite drängen die Millionen von Ausgetriebenen aus dem Osten in ihre Heimat zurück. Man soll uns auch nicht mit dem Märchen von einer rastlosen Kolonisierung des früher deutschen Landes durch die Polen kommen. Das gibt nur Zank über problematische Behauptungen ohne effektiven Wert. Polen und Deutsche sollten ins Gespräch über das real Mögliche und Notwendige kommen. Die Belastung mit Ausflüchten in die Historie ist sinnlos. Schwätzer in jeder Freilage können auf diesem Gebiet von jeder Seite genügend angeboten werden.

Dagegen bleibt unverrückbar fest die Tatsache, dass die deutsche Ernährung von einer Erweiterung der politischen Grenzen nach Osten abhängig ist. Je grösser diese Erweiterung ist, desto geringer sind die Kosten für den amerikanischen und britischen Steuerzahler. Denn so minimal die deutsche Ernährung und so unvorteilhaft sie zusammengesetzt sein mag, nicht nur Deutschland, sondern auch Europa und die hilfswilligen und hilfskräftigen Elemente in der Welt können diesen Punkt nicht aussser Acht lassen.

Um wieviel höher stand doch die politische Moral nach dem ersten Weltkrieg als nach dem zweiten! Dinge wie Menschlichkeit, Gerechtigkeit, Selbstbestimmungsrecht der Völker und Volksabstimmung werden heute kaum noch diskutiert. Es ist freilich auch eine müssige Sache, über eine Volksabstimmung zu sprechen, wenn man vorher das Land entvölkert hat. Es wäre aber sehr fruchtbar, die menschliche Vernunft walten zu lassen, die bei einer wirklich spürbaren Erweiterung der deutschen Ostgrenzen zur Tötung jedes nationalistischen Versuches, wieder einmal Korridorpolitik treiben zu wollen, dienen würde.

Ausserhalb der Frage der politischen Grenzen besteht das Problem des Minderheitenrechtes auch für Rückwanderer. Das heutige Restdeutschland ist so trostlos überbevölkert, dass keine vorstellbare politische Erweiterung der Ostgrenzen es zum ökonomischen Funktionieren bringen und so politisch entgiften könnte. Hier käme zusätzlich die Schaffung eines neuen Minderheitenrechtes in Frage. Die Völker des Ostens, vor allem die Polen, würden es wirtschaftlich als einen Nutzen begrüssen können, wenn viele Deutsche über die neuen Ostgrenzen hinaus in ihre alte Heimat und zu ihrem alten Beruf zurückkehren könnten. Das gilt nicht nur für den agrarischen Sektor, das gilt auch für Handwerker, Gewerbetreibende, Kaufleute und manche Angehörige geistiger Berufe.

Man ist jetzt gewohnt, den Appell an die Vernunft als die deutsche Dreistigkeit zu empfinden. Die Zeit ist nicht mehr fern, wo trotz all des Furchtbaren, was das Dritte Reich den Polen angetan hat, und trotz der erbitterten Gegenrechnung diese Prinzipien der Vernunft zur Geltung kommen müssen. In der von uns anerkannten starken Position der Polen ist doch viel zu viel Polemik gegenüber den Deutschen, als dass sie mit der inneren Wahrheit der Dinge und den Notwendigkeiten übereinstimmen könnte. Wenn man ruhiger darüber redet, wird man für alle Teile einen besseren Erfolg erzielen. Denn Polen geht es ähnlich wie Deutschland auch bei ihm ist nicht seine nationalstaatliche Geltung das letzte Problem, sondern die Aufgabe, die es im kommanden Europa im Sinne einer Sicherung der Welt und ihres Friedens zu übernehmen hat. (m/-/1/62/he)

Argentinien Sozialisten im Kampf gegen Peron

Die sozialistische Partei Argentiniens kann sich rühmen, im Kampf gegen das totalitäre System des Generals Peron in vorderster Linie zu stehen. Sie hat bisher in diesem Kampf hohe Opfer bringen müssen, denn bis Juni 1946 sind bereits 36 Sozialisten hingerichtet worden. Aber sie ist trotz aller Verfolgungen in ihrem Ringen um die Freiheit und den sozialen Fortschritt nicht müde geworden und kann erfreulicherweise auch auf eine Reihe schöner Erfolge in der jüngsten Vergangenheit zurückblicken. Sprechrohr der sozialistischen Opposition, die sich um Antonio Solari, Mauricio Ghioldi, Nicolas Repetto, Alfredo Palacios, und Enrique Dieckmann schart, ist nach einer Meldung des Londoner "Socialist Leader" die Wochenzeitschrift "La Vanguardia", die ihre Auflage im abgelaufenen Jahr verdoppeln und auf 150.000 Exemplare erhöhen konnte. Sie musste am 1. Januar 1944, als alle politischen Parteien, also auch die sozialdemokratische, aufgelöst wurden, ihr Erscheinen einstellen, trat aber im März 1945 nach der "Wiederherstellung der Legalität" sofort wieder auf den Plan. Die Partei arbeitete auch während der Verbotzeit unterirdisch weiter und fertigte in Flugblättern und durch das heimlich herausgegebene Blatt "El Garrote" die arbeitende Bevölkerung Argentiniens zum Widerstand gegen den Diktator Peron auf. Bei den Wahlen im Februar 1946 bildete die Sozialdemokratische Partei Argentiniens die Phalanx der Union Democrática und konnte allein in Buenos Aires 100.000 Stimmen auf sich vereinigen. Doch reichten diese für einen Sitz im Kongress nicht aus. Inzwischen ist die sozialdemokratische Partei Argentiniens reorganisiert und den Gewerkschaften grössere Beachtung geschenkt worden als bisher. In allen Gewerkschaften wurden sozialistische Gruppen gebildet und innerhalb der Partei selbst erfolgte die Bildung eines Nationalen Gewerkschaftskomitees, dessen Arbeit bereits beachtliche Früchte trug. Bemerkenswert ist vor allem, dass die Studenten Argentiniens sich mehr und mehr der sozialdemokratischen Partei anschliessen, die sich neuerdings bemüht, direkteren und stärkeren Einfluss auf die Arbeiterschaft zu gewinnen als bisher.

(m/Blc/72/1/he)

Das Horst-Wessellied in Saigon

"Die einzige Stadt auf der Welt, in der man auch jetzt noch das Horst-Wessellied hören kann, ist Saigon", heisst es in einem Bericht des "Populaire" über die Kämpfe in Indochina. So unglaublich diese Behauptung auch im ersten Augenblick klingen mag - sie wird durchaus verständlich, wenn man weiss, dass bei der Bekämpfung des Aufstandes der Vietnamesen, die die französische Herrschaft abzuschütten versuchen, auch Abteilungen der französischen Fremdenlegion eingesetzt sind, in deren Reihen zahlreiche ehemalige SS-Männer stehen. Sie, die einstens ihrem Führer Treue bis in den Tod geschworen hätten, tragen jetzt ihre Haut für Frankreich zum Markt. Zuweilen soll es aber dann vorkommen, wenn sie einen über das Döset getrunken haben, dass sie sich plötzlich ihrer früheren Zugehörigkeit zur SS wieder erinnern und im Tran dann in den nächtlichen Strassen von Saigon die alten nationalsozialistischen Kampflieder wieder erklingen. Es ist paradox - aber es ist so: Man lese nur den Bericht André Fontaine nach, den er dem "Populaire" aus Saigon übermittelte und der vom sozialistischen Organ Frankreichs in der Nummer vom 26. Januar veröffentlicht wurde. (6/5*0/42/1/he)